

Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten

Krajny sejm Bramborska
Rada za serbske nastupnosći

Protokoll

21. Sitzung (öffentlich)

22. Januar 2013

Potsdam - Haus des Landtages

13.25 Uhr bis 14.45 Uhr

Vorsitz: Harald Koncak

Protokoll: Birgit Ginkel

Anwesende Ratsmitglieder: Harald Koncak
Torsten Mak
Helmut Matik
Měto Nowak
Angela Šurmanowa

Datum der Ausgabe: 21.03.2013

Tagesordnung:

1. Stand Novellierung des Gesetzes zur Ausgestaltung der Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg
2. Erörterung verschiedener bildungs- bzw. wissenschaftspolitischer Themen
 - 2.1 Stellungnahme zur Hochschulfusion
 - 2.2 Stand der Vorbereitung der Evaluierung des WITAJ-Projektes
 - 2.3 Schülerstatistik Sorbisch-Unterricht
3. Verschiedenes

Festlegungen:

1. In der nächsten Sitzung wird sich der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten unter anderem mit der Verockerung der Fließe befassen.
2. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wird in der nächsten Sitzung über die aktuellen Auswahlkriterien am Niedersorbischen Gymnasium berichten.
3. Die Mitglieder beschließen eine Stellungnahme zur Demo gegen rechts am 15. Februar 2013 in Cottbus sowie als Unterstützer des Bündnisses „Cottbus bekennt Farbe“ aufzutreten.
4. Frau Ginkel wird beauftragt, die anderen Ausschüsse auf den Umgang mit Stellungnahmen des Rates für sorbische/wendische Angelegenheiten gemäß § 89 Absatz 4 hinzuweisen.
5. Der Sitzungsplan 2013 wurde beschlossen.
6. Die Protokolle der 15. und 19. Sitzung wurden autorisiert.

Aus der Beratung:

Der **Vorsitzende Koncak** wünscht allen Anwesenden ein gesundes neues Jahr. Die Novelle des Sorben/Wenden-Gesetzes sei sein persönliches Ziel für das 1. Halbjahr. Die Protokollkontrolle werde später behandelt, um sofort in die inhaltliche Beratung einsteigen zu können.

Der Vorsitzende berichtet weiter von den Aktivitäten seit der letzten Sitzung. Am 13. Dezember 2012 habe Herr Nowak (Ratsmitglied) an der Implementierungskonferenz im Bundesministerium des Innern teilgenommen. Er selber sei am 5. Januar 2013 bei der Hauptversammlung der sorbischen/wendischen Spreewaldfischer gewesen. Brisante Themen, wie die Verockerung der Fließe, die Kormorane, die Frage und das Ergebnis des Fischeinsatzes, seien dort behandelt worden.

Im März werde sich der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten mit diesen Fragen befassen. Vorher werde es noch ein Gespräch vor Ort geben. Auch im Plenum werde die Frage der Verockerung am Donnerstag behandelt. Auf den zahlreichen Neujahrsempfängen habe er die Gelegenheit genutzt, mit drei Ministern ins Gespräch zu kommen, ohne sich vorher anmelden zu müssen.

Am 16. Januar 2013 habe Herr Mak (Ratsmitglied) den Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten bei der Beratung der Hochschulreform in der Lausitz im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur vertreten.

Einen Tag später, am 17. Januar 2013, seien Herr Nowak (Ratsmitglied) und er in Forst gewesen. Dort sei es um die Frage des angestammten Siedlungsgebietes und des Bekenntnisses dazu gegangen. Es sei ein sehr zähes Gespräch gewesen und ein wirklicher Fortschritt sei nicht erreicht worden. Gleichwohl gebe es jetzt eine Arbeitsgruppe, mit der man Kompromisse finden wolle.

Abgeordneter **Lipsdorf** (FDP) erkundigt sich nach dem Fortschritt.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass Forst vorgeschlagen habe, die Themen in einer Arbeitsgruppe weiter zu behandeln. Aus seiner Sicht sei dies der größte Fortschritt.

Herr **Nowak** (Ratsmitglied) ergänzt, dass es nicht um die Finanzen ginge, sondern dass ein Dissens bei der Minderheitenpolitik bestehe. Man sei im Gespräch, und dass sei nach den Erfahrungen im vergangenen Jahr wirklich ein Fortschritt.

Zu TOP 1: Stand Novellierung des Gesetzes zur Ausgestaltung der Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg

In Auswertung der Expertenanhörung und der zahlreichen Gespräche habe der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten an alle Fraktionen Kompromissvorschläge versandt. Das Ziel sei immer noch ein modernes Minderheitengesetz zu verabschieden, obwohl jetzt bestimmte Grenzen erreicht seien, erklärt der **Vorsitzende**.

Herr **Nowak** (Ratsmitglied) informiert über den aktuellen Stand. Man nehme wahr, dass bestimmte Aspekte der Novellierung aufgegriffen würden. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Kleinen Anfragen. Am Mittwoch werde es in Cottbus noch ein Gespräch über den derzeitigen Stand mit der Bevölkerung geben. Die letzte große Aktivität sei der vom Vorsitzenden angesprochene Brief mit den Schlussfolgerungen an die Fraktionen und die drei beratenden Ausschüsse. Im Moment warteten Sie auf die Änderungsanträge seitens der Fraktionen. Ansonsten stünden sie weiter für Nachfragen zur Verfügung.

Abgeordnete Frau **Schier** (CDU) erklärt, dass sie sich in ihrer Fraktion bereits im Dezember hierzu verständigt hätten. Im § 3 gebe es die vier Punkte zur Zugehörigkeit zum Siedlungsgebiet, die aus Ihrer Sicht zu weit gefasst seien. Außerdem werde im Gesetzentwurf immer vom zuständigen Ministerium gesprochen und sie frage sich, welches damit gemeint sei. Sie schlägt vor, dass sich die Abgeordneten aus der Region am Rande vom Plenum zusammensetzten und die Bereiche erörterten, die möglich seien und welche nicht.

Herr **Nowak** (Ratsmitglied) erklärt, dass der neue Vorschlag zum Siedlungsgebiet komplett vom bisherigen abweiche, da von allen eine Liste gewünscht werde. Am 9. Januar 2013 hätten sie an alle Fraktionen und die drei Ausschüsse sowie den fraktionslosen Abgeordneten Dr. Hoffmann einen Brief mit den vorgeschlagenen Änderungen versandt.

Die Abgeordneten bemerken, dass Ihnen dieser, bis auf den Abgeordneten Dr. Hoffmann, nicht vorliege.

Herr Nowak (Ratsmitglied) sagt, wenn sie sich darauf verständigten, bestimmte Regelungen entfallen könnten. Natürlich müsse geklärt werden, wer diese Liste erstelle. Aufgrund der jetzt geltenden Rechtslage sammelten sie Indikatoren für die Auswahl der Gemeinden. Die derzeit vorliegende Liste sei dann nicht der Stand für die abschließende Liste. Sobald diese vorliege, würden sie noch einmal mit den betroffenen Kommunalverwaltungen in Kontakt treten.

Abgeordnete Frau **Schier** (CDU) wünscht sich, dass alles bis zum Sommer abzuschließen. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause solle das Gesetz im Plenum abschließend behandelt werden.

Abgeordneter **Lipsdorf** (FDP) schließt sich dem an. Im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur solle es im März behandelt werden. Dazu bedürfe es im Vorfeld einer Einigung der Fraktionen. Die FDP-Fraktion habe über Weihnachten darüber beraten. Er könne sich vorstellen, dass sie Vertreter des Rates für sorbische/wendische Angelegenheiten im Februar in die FDP-Fraktion einladen, um noch einige Nachfragen zu klären.

Frau **Dr. Harcke** (DIE LINKE) erklärt, dass sie bereits im Dezember diese Fragen in einem gemeinsamen Gespräch mit Herrn Nowak (Ratsmitglied) und Herrn Koncak (Vorsitzender) beraten hätten. Aus der Anhörung heraus, gebe es einige juristische Fragen, für die juristisch belastbare Formulierungen zu finden, etwas mehr Zeit beanspruche.

Aus Sicht des Abgeordneten **Schippel** (SPD) sei der Endtermin im Juni zu halten. Ziel sei, das größtmögliche herauszuholen.

Abgeordneter **Dr. Hoffmann** (fraktionslos) bestätigt, dass der Änderungsbedarf nach der Anhörung berücksichtigt werden sollte. Manche Kompromisse gingen ihm schon zu weit.

Frau **Dr. Harcke** (DIE LINKE) weist darauf hin, dass der Hauptausschuss federführend, der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur mitberatend seien. Die Sitzungstage 5. und 6. Juni 2013 vor der Sommerpause sollten unbedingt erreicht werden.

Abgeordnete Frau **Schier** (CDU) verspricht, sich darum zu kümmern, damit es im März in den Ausschüssen, im Mai im Hauptausschuss und im Juni im Plenum behandelt werden könne.

Der **Vorsitzende** sagt zu, die Schreiben sofort noch einmal zu versenden.

Zu TOP 2: Erörterung verschiedener bildungs- bzw. wissenschaftspolitischer Themen

Zu TOP 2.1: Stellungnahme zur Hochschulfusion

Herr **Mak** (Ratsmitglied) berichtet, dass sich der Rat für sorbische/wendische Angelegenheiten mit einer Stellungnahme bezüglich des Gesetzes zur Neuordnung der Hochschulregion Lausitz an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewandt hatte. Sie hätten festgestellt, dass die sorbischen/wendischen Belange nicht vorkämen. Bei der einzigen Hochschule im sorbischen/wendischen Siedlungsgebiet bedauerten sie das sehr. Es seien vertane Möglichkeiten. Dabei werde auch keine Rücksicht auf die Bilingualität der Lausitz genommen.